

DOSSIER ÜBER DIE LAGE DES SURYOYO VOLKES ANLÄSSLICH DES *100. JAHRESTAG DES VERTRAGS VON LAUSANNE* VON DER EUROPEAN SYRIAC UNION (ESU)

Am 24. Juli 2023 wird es ein Jahrhundert her sein, dass der Vertrag von Lausanne unterzeichnet wurde, ein internationales Dokument, das zur Verweigerung der Anerkennung des Suryoyo (Assyrer-Chaldäer-Aramäer) Volkes führte. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die betroffenen Staaten und internationalen Mächte die Zukunft des Suryoyo Volkes überdenken und die im Laufe der Geschichte begangenen Fehler korrigieren, um die Bewahrung seiner Identität und Existenz zu gewährleisten. Die Rechte der nicht-muslimischen Minderheiten, die im dritten Absatz des Vertrags von Lausanne in den Artikeln 37 bis 45 festgelegt sind, wurden in keiner Weise auf das Suryoyo Volk angewandt.

Der Vertrag von Lausanne ist ein internationaler Vertrag, der am 24. Juli 1923 zwischen den Vertretern Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, Italiens, Japans, Griechenlands, Rumäniens und des Königreichs Jugoslawien und der Türkei unterzeichnet wurde. Der Vertrag legte die Grenzen des Staatsgebiets der Türkischen Republik fest, erkannte die Türkei als unabhängigen Staat an und verschaffte ihr einen Platz in der internationalen Arena. Seit ihrer Gründung verfolgt die Republik Türkei eine assimilatorische, negatorische und unterdrückerische Politik gegenüber ethnischen, religiösen und kulturellen Minderheiten. Obwohl die im dritten Absatz des Vertrags von Lausanne festgelegten Rechte der nicht-muslimischen Minderheiten teilweise auf Armenier, Griechen und Juden angewandt wurden, wurden andere Identitäten ignoriert und ihre Sprachen und Kulturen verboten.

Die Suryoye, die die Republik Türkei bisher durch eine repressive Politik zu verleugnen und zu vernichten versucht hat, sind das älteste indigene Volk in Mesopotamien, der Wiege der Menschheit. Das Suryoyo Volk schuf die sumerische, akkadische, babylonische, assyrische, aramäische und chaldäische Zivilisation, gab eine reiche Kultur an die Völker der Welt weiter und spielte eine wichtige Rolle in der Geschichte. Die Führer und Kollaborateure des Osmanischen Reiches verübten jedoch ab 1915 einen Völkermord und massakrierten etwa eine halbe Million Suryoye. Da die gesamte Entwicklungsdynamik des Suryoyo Volkes durch diesen Völkermord zerstört wurde, wurde es geschwächt und konnte daher keine wirksame Position auf internationalen Plattformen einnehmen.

Während der Verhandlungen und Konferenzen, die am Ende des Ersten Weltkriegs begannen, blieben die Suryoye im Schatten mächtiger Staaten. Ausgehend von ihren eigenen Interessen haben diese Staaten den Nahen Osten durch die Schaffung verschiedener Staaten neu strukturiert. Gegenwärtig spricht die internationale Gemeinschaft von universellen Werten wie Demokratie, Frieden, Menschenrechten, wirtschaftlichem Wohlstand und so weiter. Auch das Suryoyo Volk möchte unter diesen Werten leben. Obwohl die Republik Türkei verpflichtet ist, die Anforderungen vieler zwischenstaatlicher Menschenrechtsabkommen zu erfüllen, hat sie eine rassistische und negatorische Politik betrieben. Um sicherzustellen, dass die Rechte des Suryoyo Volkes nicht länger verletzt werden, ist es wichtig, dass sie von internationalen und regionalen Mächten garantiert werden.

Wir müssen verhindern, dass neue Verträge geschlossen werden, die das Suryoyo Volk benachteiligen

Das Suryoyo Volk wurde ebenso wie das armenische und das hellenische Volk Opfer eines der größten Völkermorde der Geschichte. Der Schmerz und die Zerstörung, die dieser Völkermord verursacht hat, sind noch immer spürbar und werden bis heute von Generation zu Generation weitergegeben. Er hat tiefe und unauslöschliche Spuren in den Herzen und Köpfen aller Suryoye hinterlassen. Die Unterzeichnung des Vertrags von Lausanne war ein weiterer Schlag für das Suryoyo Volk. Mit seiner Unterzeichnung wurde unser Heimatland Bethnahrin zwischen verschiedenen Mächten aufgeteilt und die Identität und die historischen und kulturellen Werte des Suryoyo Volkes wurden verleugnet.

Seit 100 Jahren wird das Suryoyo Volk durch eine Politik der Verleugnung und Unterdrückung aus seinem Heimatland vertrieben, mit dem Ziel, es staatenlos zu machen. Mit dem Vertrag von Lausanne wurde das Heimatland des Suryoyo Volkes zersplittert, seine kulturellen Werte wurden verunglimpft und das soziale Gefüge und die Einheit seines Volkes zerstört. Durch Grenzen geteilt, wurden die Suryoye voneinander isoliert und in allen Bereichen geschwächt.

Einige Intellektuelle und Organisationen der Suryoye haben zu verschiedenen Zeiten versucht, gegen diese ungerechte Politik aufzubegehren und die Aufmerksamkeit der internationalen Plattformen darauf zu lenken. Doch seit dem Vertrag von Lausanne bis heute wurden die Forderungen des Suryoyo Volkes und das Leid das es ertragen musste, bei internationalen Entscheidungen nicht berücksichtigt. Die betroffenen internationalen Mächte und Staaten brauchen einen neuen Vertrag, um dem Unrecht, das das Suryoyo Volk erlitten hat, und der Gefahr, dass es aus der Geschichte ausgelöscht wird, ein Ende zu setzen. Die Türkei hat die Identität und die nationale soziale Existenz des Suryoyo Volkes bis heute nicht anerkannt. Seit die Türkei mit der Realität konfrontiert wurde, viele demokratische Maßnahmen zu ergreifen und die Kopenhagener Kriterien während des Bewerbungsprozesses für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu erfüllen, hat sie einen Schritt zurück gemacht und ihren antidemokratischen und autoritären Weg fortgesetzt. Der türkische Staat hat also nicht auf seine Assimilations- und Ausrottungspolitik verzichtet.

Der Vertrag von Lausanne muss abgeschafft werden

Im Laufe der Geschichte gab es Ereignisse, die Einzelnen und Völkern Freude und Erfolg brachten, aber auch Irrtümer und Verbrechen, die irreparablen Schaden und Trauer verursachten. Vor allem das 20. Jahrhundert war Zeuge tragischer Ereignisse, die zu großen Katastrophen führten und das Leben von Millionen von Menschen forderten. Während des Ersten und Zweiten Weltkriegs wurden Völkermorde an verschiedenen Völkern begangen. Länder wurden aufgeteilt und Ressourcen im Interesse mächtiger Staaten ausgebeutet, wodurch die Menschen entlang ideologischer und politischer Linien gespalten wurden. Interne Konflikte eskalierten und verschärften die regionalen Spannungen. Es war ein Jahrhundert, in dem einige der blutigsten Kapitel der Menschheitsgeschichte geschrieben wurden. Die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen stellte eine Bedrohung für die gesamte Menschheit dar. Inmitten dieser unerbittlichen Zeit gab es auch große Revolutionen, Erfindungen und Aufstände. Religiöse und kulturelle Unterschiede stellten zwar eine wertvolle Vielfalt dar, wurden aber auch zu Quellen von Widersprüchen und Konflikten. Die Menschheit fand sich in der Falle starrer ideologischer Ansätze und kompromissloser Politik wieder.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs begannen die türkisch-islamischen Streitkräfte einen Völkermord an den christlichen Völkern des Osmanischen Reichs. Die Suryoye, Armenier, Pontosgriechen, aber auch Kurden, Araber und andere Völker, die unter der Kontrolle des Osmanischen Reiches standen, wurden so zu Feinden gemacht. Die Saat des Misstrauens, des Hasses und der Feindseligkeit wurde zwischen

Christen, Muslimen, Aleviten, Juden und Jesiden gesät. Gewalt wurde zur Standardlösung für alle Probleme, und die Forderung nach Rechten wurde brutal unterdrückt. Diese Praxis setzte sich fort und wurde zur Politik der Staaten, die in der Region entstanden. Insbesondere der Völkermord an den Suryoyo in den Jahren 1914-1915 führte zu einem Massaker an mehr als einer halben Million Menschen, während Millionen anderer ethnischer Gruppen ebenfalls ihr Leben verloren. Die Niederlage des Osmanischen Reichs am Ende des Ersten Weltkriegs hat die Probleme in der Region nicht gelöst. Im Gegenteil, die nachfolgenden Regelungen verkomplizierten die Lage weiter. Der Nahe Osten wurde durch den am 24. Juli 1923 unterzeichneten Vertrag von Lausanne neu aufgeteilt, was zur Verleugnung der Identität des Suryoyo Volkes und zur Aufteilung seiner Heimat auf die neu gegründeten Staaten in Mesopotamien führte. Nicht nur die Republik Türkei, sondern auch alle anderen Staaten der Region gingen mit einer Politik der Verleugnung gegen das Suryoyo Volk vor, die durch den Vertrag von Lausanne gestärkt wurde. Ein Jahrhundert lang wurden die Rechte und Freiheiten des Suryoyo Volkes im Rahmen dieser Politik ignoriert.

Nach dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 und der anschließenden Auflösung der Sowjetunion trat die Welt in eine neue Ära ein. Der erste wichtige Schritt in diesem Prozess wurde 1991 mit dem ersten Golfkrieg getan. Die politischen Auswirkungen dieser neuen Epoche führten zu einem positiven Wandel in der Haltung der internationalen Mächte gegenüber dem Suryoyo Volk. Vor allem die Vereinigten Staaten und die Europäische Union, die eine neue postsowjetische Weltordnung anstrebten, nahmen eine positivere Haltung ein.

Die tragischen Ereignisse des 11. September 2001 haben die Bedeutung der verschiedenen sozialen Strukturen im Nahen Osten und die Rolle des Suryoyo Volkes in der Region deutlich gemacht. Infolgedessen legten die internationalen und nahöstlichen Entwicklungen den Grundstein für eine neue politische Forschung und einen neuen Fahrplan. Während dieses Prozesses ergaben sich Gelegenheiten, das Suryoyo Volk in gewissem Umfang in neue Projekte einzubeziehen, die im Irak und in der gesamten Region entwickelt wurden. Der Status quo im Nahen Osten geriet durch diese neuen Entwicklungen ins Wanken und führte zu Verstößen gegen den Vertrag von Lausanne. Die besonderen Merkmale dieser Zeit und die Bestrebungen der Menschen schufen ein Umfeld, das der Errichtung und Entwicklung eines demokratischen Systems förderlich war.

Identität und historische Definition des Suryoyo Volkes

Das Ignorieren der Existenz und der historischen Realitäten von Völkern durch politisch motivierte Verträge ist Ausdruck von Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Verleugnung. Der Vertrag von Lausanne zum Beispiel schuf einen fruchtbaren Boden für Massaker, Völkermorde, Plünderungen und demografische Veränderungen durch die Umsetzung einer Negationspolitik gegenüber dem Suryoyo Volk. Es ist weder vernünftig noch verantwortungsbewusst, die Identität, Zivilisation, Kultur und Sprache einer Gesellschaft, die sich in Jahrtausenden entwickelt hat, zu missachten oder zu zerstören. Ein solcher Ansatz führt nur zu diskriminierenden, ausgrenzenden, antagonistischen und völkermörderischen Konsequenzen. Die Realität des Suryoyo Volkes offen zu leugnen und seine Identität nicht anzuerkennen, ist nicht nur unlogisch, sondern auch ein Schlag gegen die demokratischen Grundsätze, wenn internationale Mächte angesichts der begangenen Ungerechtigkeiten die Augen verschließen und schweigen. Es ist zutiefst schmerzhaft und tragisch, sich gegen die Mentalität zu wehren, die Werte eines bestehenden und etablierten Volkes zu ignorieren und zu leugnen. Daher ist es für diejenigen, die die Suryoyo Identität und Existenz bekräftigen müssen, von entscheidender Bedeutung, Maßnahmen zu ergreifen, die eine demokratische Kultur und den Frieden für eine bessere Entwicklung der Welt und der Menschheit fördern.

Das Suryoyo Volk ist eines der ältesten einheimischen Völker des Nahen Ostens und verkörpert eine uralte Kultur. Sie haben ihre Popularität, ihre kulturellen Werte und ihre Sprache in dieser geografischen Region über Jahrtausende hinweg geformt und entwickelt. Das Suryoyo Volk ist keine Gemeinschaft, die aus

anderen Regionen in den Nahen Osten eingewandert ist; seine Ursprünge lassen sich im Laufe seiner Geschichte vollständig in dieser geografischen Region zurückverfolgen. Folglich verfügen sie über eine reiche und tief verwurzelte Geschichte unter den Völkern des Nahen Ostens. Die Vorfahren der Suryoye (Assyrer-Chaldäer-Aramäer) legten mit ihren politischen, religiösen und kulturellen Beiträgen sowie ihren wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften die kulturellen Grundlagen für die Region des Nahen Ostens und spielten eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung der Weltzivilisation. Der Prozess der Etablierung politischer Autorität und eines Staates kann bis 2350 v. Chr. zu den Akkadiern zurückverfolgt werden. Trotz der Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert waren, ist es dieser Kultur gelungen, ihre Sprache, ihre Kultur und ihre einzigartige Lebensweise in derselben geografischen Region über einen Zeitraum von mindestens 6.000 Jahren zu bewahren. Die letzte politische Einheit des Suryoyo Volkes, das in der Region des Nahen Ostens und auf der globalen politischen Bühne unter verschiedenen Formationen und politischen Namen (akkadisch, assyrisch, babylonisch, aramäisch, chaldäisch usw.) bedeutenden Einfluss ausübte, war das Königreich Abgar in der Stadt Urfa, das bis 244 n. Chr. Bestand hatte.

Heimat des Suryoyo Volkes

Mesopotamien ist eine der fruchtbarsten und bedeutendsten geografischen Regionen der Welt und diente als erste Siedlungsstätte für menschliche Gemeinschaften und als Ort blühender Zivilisationen. Seine Grenzen umfassen das Land, das von den Flüssen Euphrat (Efrat) und Tigris (Deklat) umschlossen wird, sowie die umgebende Geografie. Bis zur Ankunft der Makedonier im Jahr 300 v. Chr. war Mesopotamien unter verschiedenen Namen bekannt. Die Makedonier nannten das Gebiet zwischen Euphrat und Tigris "Mesopotamien", was in ihrer Sprache "das Land zwischen zwei Flüssen" bedeutet. Die Suryoye hingegen verwenden den Begriff "Bethnahrin" als aramäische Entsprechung von Mesopotamien, um dieses Land zu bezeichnen.

Die Geschichte des Suryoyo Volkes hat sich in seinem angestammten Heimatland Mesopotamien entfaltet und entwickelt. Um das Wesen des Nahen Ostens und Mesopotamiens zu verstehen, kann man die besonderen Merkmale der Suryoyo Gesellschaft nicht außer Acht lassen, die zur Entstehung von Zivilisationen in dieser riesigen geografischen Region beigetragen hat, die sich vom Zagrosgebirge im Osten bis zum Taurusgebirge im Norden und vom Mittelmeer im Westen bis zum Persischen Golf im Süden erstreckt. Ihre kulturelle Präsenz hat sich in zahlreichen Regionen erhalten.

Das südliche Mesopotamien besteht hauptsächlich aus Sümpfen, das zentrale Mesopotamien ist durch Wüsten und Ebenen gekennzeichnet, während das nördliche Mesopotamien weite Ebenen, Hochebenen und bergiges Gelände umfasst. In den gebirgigen Teilen des nördlichen Mesopotamiens herrschen schneereiche und kalte Winter, während im Tiefland des südlichen Mesopotamiens ein mildes Klima herrscht. In Mesopotamien herrschen zu ein und derselben Jahreszeit unterschiedliche Klimazonen. Die Flüsse, Ebenen, Berge und das Meer hauchen der Region Leben ein. Darüber hinaus verfügt Mesopotamien über einen immensen Reichtum an natürlichen Ressourcen wie Wasser, Öl und Landwirtschaft, was es zu einem wichtigen regionalen und globalen Produktionsgebiet macht.

Mesopotamien liegt am Schnittpunkt historischer Handelsrouten, darunter die Gewürz- und die Seidenstraße aus dem Fernen Osten, und hat eine äußerst wichtige geostrategische Position inne. Aufgrund seines bemerkenswert fruchtbaren Bodens und seiner reichhaltigen Reichtümer wird es seit langem als Paradies auf Erden und als Wiege der Zivilisation gepriesen. Das Zusammentreffen verschiedener Stämme und Völker in Mesopotamien verwandelte die Region dank der Verschmelzung unterschiedlicher Kulturen in die Heimat einer lebendigen Zivilisation. Vor der Institutionalisierung des Kolonialismus hatte Mesopotamien ein hohes kulturelles Niveau erreicht. Jede von außen kommende

Gemeinschaft assimilierte und entwickelte die hochentwickelte sesshafte Kultur, auf die sie traf, weiter oder erfuhr deren Einfluss auf unterschiedliche Weise.

Die Kultur Mesopotamiens, der angestammten Heimat des Suryoyo Volkes, hat durch ihre Beiträge Gestalt angenommen und sich entwickelt. Das Suryoyo Volk ist tief verwurzelt und untrennbar mit dieser Geografie verbunden, und seine Zivilisation, Kultur und künstlerischen Errungenschaften haben sich im Laufe der Jahrtausende entwickelt. Folglich ist die Geschichte des Suryoyo Volkes untrennbar mit der Geschichte Mesopotamiens verbunden.

Namen und Kirchen des Suryoyo Volkes

In den letzten 2000 Jahren, insbesondere seit dem Aufkommen des Christentums, hat das Suryoyo Volk die christlichen Traditionen und Bräuche übernommen, die zu einem zentralen Aspekt seiner Kultur geworden sind. Folglich spielt die Kirche eine zentrale Rolle bei der Führung und Erziehung des Suryoyo Volkes. Im Laufe ihrer Geschichte innerhalb des christlichen Glaubens standen die Suryoye jedoch unter der Herrschaft verschiedener Mächte, was sie daran hinderte, ihre Zukunft innerhalb einer geeinten Kirche selbst zu bestimmen. Unter dem Druck der herrschenden Mächte kam es in den Kirchen des Suryoyo Volkes zu zahlreichen Spaltungen, die zu einer Zersplitterung des Volkes selbst in verschiedene kirchliche Gemeinschaften führten. Gegenwärtig wird das Suryoyo Volk oft mit verschiedenen kulturellen und kirchlichen Namen bezeichnet, darunter Assyrer (Nestorianer), Jakobiten, Chaldäer, Aramäer, Maroniten und Melkiten. Obwohl das Fehlen einer starken nationalen Einheit unter dem Suryoyo Volk zu diesen verschiedenen Konfessionen geführt hat, ist es wichtig zu erkennen, dass sie alle zu ein und demselben Volk gehören.

Die Spaltung der Kirche von Antiochia, dem Symbol der Einheit der Suryoye, begann im fünften Jahrhundert und führte zur Gründung neuer kirchlicher Zentren. Infolgedessen wurde das Suryoyo Volk im religiösen Bereich in drei Zweige geteilt: Orthodoxe, katholische und protestantische Kirche, die jeweils von eigenen Patriarchaten geleitet werden. Diese Patriarchate sind wie folgt:

1. Syrisch-Orthodoxe Kirche von Antiochien (Jakobiten), mit Sitz in Damaskus (Syrien).
2. Apostolische Kirche des Ostens (Nestorianer) mit Sitz in Bagdad (Irak)
3. Assyrische Kirche des Ostens (Nestorianer) mit Sitz in Erbil (Irak)
4. Chaldäische (babylonische) Kirche, mit Sitz in Bagdad (Irak)
5. Syrisch-Griechisch-Orthodoxe (Antiochenische, Melkitische) Kirche, mit Sitz in Damaskus (Syrien)
6. Griechisch-katholische (antiochenische, melkitische) Kirche, mit Sitz in Damaskus (Syrien)
7. Kirche von Maroni, mit Sitz in Beirut (Libanon)
8. Syrisch-katholische (antiochenische) Kirche, mit Sitz in Beirut (Libanon)
9. Protestanten

Massaker von 1895 und 1909

Zwischen 1890 und 1893 kam es zu einer Reihe von Massakern an den Christen des Ostens, darunter Suryoye und Armenier. Allein in der Stadt Sason wurden bei diesen Massakern mehr als 20.000 Menschen brutal getötet. Im Jahr 1895 eskalierte die Gewalt weiter. Um dem Blutvergießen Einhalt zu gebieten, wandte sich der Patriarch Abd al-Mülülh II. der Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien in einem Brief an Sultan Abdülhamit, den Herrscher des Osmanischen Reiches, und äußerte seine Besorgnis. Doch auch dieser Appell des Patriarchen konnte die Fortsetzung der Massaker nicht verhindern. Trotz der

Anweisungen, die das Oberhaupt von Diyarbakir den Behörden in Mardin, Midyat und Cizre erteilte, hielten die Angriffe an und nahmen an Intensität zu. Von Diyarbakir aus starteten die Muslime Angriffe, bei denen sie wahllos Menschen von Hasankeyf bis Sivas ungeachtet ihres Geschlechts massakrierten und töteten. Die in der Region lebenden Christen wurden ihres Goldes, ihres Silbers, ihrer Habseligkeiten und ihres Eigentums beraubt.

Das Massaker, das am 20. Oktober 1895 begann, dauerte bis April 1896 an. In verschiedenen Regionen wie Sivas, Revaniye, Şervan, Kefrin, Avtan und Bemürd verloren zahlreiche Suryoye ihr Leben, und ihre Dörfer wurden weitgehend zerstört. Allein in der Stadt Urfa kamen etwa 13 000 Suryoye auf tragische Weise ums Leben. Auch in Mardin, Kızıltepe, Bitlis, Siverek, Bilecik und Malatya kam es zu Massakern. Nach dem Massaker von 1895 ereignete sich 1909 in Adana ein weiteres verheerendes Ereignis, bei dem sowohl Suryoye als auch Armenier Opfer von Massentötungen wurden. Die Zahl der zwischen 1890 und 1909 massakrierten Suryoye übersteigt 100.000.

Der Erste Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg, ein europäischer Konflikt, der zu einem globalen Konflikt wurde, begann am 28. Juli 1914 und endete am 11. November 1918.

Im Jahr 1895 wurde der Prozess der Neugestaltung der Weltordnung durch ein Treffen der europäischen Großmächte in Berlin eingeleitet. Deutschland ging aus diesem Treffen mit dem geringsten Anteil hervor, während Länder wie Großbritannien und Frankreich, die durch die Kolonisierung große Gebiete erworben hatten, aufgrund des in ihren Kolonien angehäuften Reichtums einen wachsenden Wohlstand erlebten. Deutschland, das auf Mitteleuropa beschränkt war, suchte nach neuen Gebieten, um seine wachsende Wirtschaft zu stützen. Dieses wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen den europäischen Großmächten führte zu erheblichen Spannungen und machte eine Neuaufteilung der weltweiten Territorien erforderlich. Das im Niedergang begriffene Osmanische Reich, das als "kranker Mann Europas" bekannt war, hatte bereits die Balkanländer verloren und war von einem weiteren Zerfall bedroht. So sah es sich gezwungen, in einem Konflikt zwischen Deutschland und der Allianz aus England und Frankreich Partei zu ergreifen, der die ganze Welt zu verschlingen drohte.

Die Hauptsorge des Osmanischen Reiches galt der Expansion Russlands nach Süden und seiner möglichen Besetzung der östlichen Gebiete des Reiches. Man befürchtete, dass ein solcher Vorstoß die Voraussetzungen dafür schaffen würde, dass die christlichen Gemeinschaften im Osten nach Unabhängigkeit strebten, ähnlich wie es auf dem Balkan geschehen war. Seit dem späten 19. Jahrhundert unterhielten die Osmanen enge Beziehungen zu Deutschland, und das Eisenbahnprojekt Berlin-Bagdad festigte diese Beziehungen weiter.

Die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand durch einen serbischen Attentäter am 28. Juni 1914 war der Auslöser für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Österreich, unterstützt von Deutschland, erklärte Serbien am 28. Juli 1914 den Krieg, während Russland auf der Seite der Serben stand. Deutschland erklärte daraufhin am 1. August 1914 Russland den Krieg. Auch Frankreich, Belgien und England verbündeten sich mit Russland. Die Flammen des Krieges breiteten sich in Europa und im Nahen Osten aus und veranlassten das Osmanische Reich, sich dem Konflikt auf der Seite Deutschlands anzuschließen.

Auf die Kriegserklärung folgte eine Mobilisierungskampagne. Es wurden hohe Kriegssteuern erhoben, von denen Nicht-Muslime unverhältnismäßig stark betroffen waren. Die osmanischen Armeen kämpften an mehreren Fronten, darunter Ostanatolien, Aserbajdschan, Irak, Syrien, Palästina und Galizien. Während des Dardanellenfeldzugs (1915-16) vereitelten die osmanischen Streitkräfte erfolgreich britische und

französische Versuche, Russland zu erreichen. Die unionistische Regierung unter Enver Pascha nutzte die Kriegswirren und begann mit einer Politik der ethnischen Säuberung gegen Armenier und Suryoye in Ostanatolien. Die Autonomie im Libanon wurde abgeschafft, und zwischen August 1915 und Mai 1916 wurden zahlreiche arabische Nationalisten hingerichtet.

Während des gesamten Krieges handelten die alliierten Mächte (Großbritannien, Frankreich und Russland) eine Reihe von Vereinbarungen über die Aufteilung der osmanischen Gebiete aus. Gemäß dem Abkommen vom März/April 1915 sollten Konstantinopel und die Meerengen an Russland übergeben werden, während Syrien und Zilizien als französische Einflusssphären ausgewiesen wurden. Großbritannien hatte bereits Zypern annektiert und ein Protektorat über Ägypten errichtet. Das Sykes-Picot-Abkommen, das am 3. Januar 1916 zwischen Großbritannien und Frankreich unterzeichnet wurde, dehnte den französischen Einfluss auf Mosul im Irak aus, während um Bagdad, Haifa und Akka eine britische Einflusssphäre eingerichtet wurde. Palästina wurde unter internationale Verwaltung gestellt. Im Gegenzug sollten Trabzon, Erzurum, Van und Bitlis an Russland abgetreten werden. Im Londoner Vertrag vom 26. April 1915 wurden Italien 12 Inseln in der Ägäis zugesagt; weitere Gebiete, darunter Izmir und ein Großteil Südwestanatoliens, kamen durch den Vertrag von Saint-Jean-de-Maurienne im April 1917 hinzu. Großbritannien machte arabischen Führern verschiedene Unabhängigkeitsversprechen, unter anderem in der Hussein-McMahon-Korrespondenz von 1915-16, und bekundete mit der Balfour-Erklärung vom 2. November 1917 seine Unterstützung für die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina.

Ende 1916 verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage des Osmanischen Reiches, und die Belastung durch den Krieg wurde unerträglich. Die Desertionen innerhalb der Armee häuften sich, und die Sowjetrevolution vom Oktober 1917 zwang Russland, seine Truppen aus dem Konflikt abzuziehen. Als die Bolschewiki an die Macht kamen, wurde Russland aus dem anglo-französischen Bündnis ausgeschlossen, was dazu führte, dass frühere Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern nicht umgesetzt wurden.

Die britischen Streitkräfte rückten von Basra aus nach Norden vor und besetzten im Mai 1918 Kirkuk und im November 1918 Mosul. Der osmanische Widerstand in Syrien, der unter dem Kommando von Sanders stand, hielt noch einige Zeit an. Bis September 1918 fielen jedoch nacheinander Küstenstädte wie Akkon und Haifa. Damaskus wurde am 1. Oktober eingenommen, kurz darauf folgten Aleppo und Homs. Am 6. Oktober nahm die französische Flotte auch Beirut ein. Während sich die osmanischen Truppen nach Adana zurückzogen, um sich für einen neuen Widerstand zu sammeln, wurden auch Tripolis und Iskenderun der osmanischen Kontrolle entrissen.

Nach dem Rücktritt des Kabinetts des Komitees für Union und Fortschritt (CUP) wurde am 14. Oktober 1918 ein neues Kabinett unter der Führung von Ahmed İzzet Pascha gebildet. Die Niederlage und der Zerfall des Osmanischen Reiches wurden in dem am 30. Oktober 1918 unterzeichneten Waffenstillstandsabkommen von Mondros festgehalten. In der Folge begannen Großbritannien, Frankreich, Italien und Griechenland, die Kontrolle über verschiedene Teile der verbliebenen osmanischen Gebiete zu übernehmen.

Unmittelbar nach dem Waffenstillstand begann die Aufteilung des Osmanischen Reiches unter den siegreichen Nationen. Die deutschen Generäle und Offiziere wurden entlassen und durch türkische Kollegen ersetzt. Die Franzosen besetzten Städte in der Region Kilikien, während in Ostanatolien ein armenischer Staat gegründet wurde, der sechs Städte umfasste, darunter Kars, Ardahan und Batum. Großbritannien besetzte Mosul, das im Rahmen des Sykes-Picot-Abkommens an Frankreich abgetreten worden war. In Nordanatolien wurde in den Provinzen Samsun, Amasya und Sivas ein pontischer Staat gegründet, der das alte pontische Königreich umfasste. Die Siegermächte beriefen Konferenzen ein, um die künftige Aufteilung des Osmanischen Reiches festzulegen.

Völkermord 1915 (Sayfo)

Das Deportationsgesetz, offiziell als Relocation and Settlement Act bekannt, war ein Einwanderungsgesetz, das die osmanische Regierung am 27. Mai 1915 erließ. Sein Zweck war es, interne Elemente, die während des Ersten Weltkriegs als potenzielle Bedrohung für die osmanische Armee angesehen wurden, in Gebiete zu verlagern, die weit von den Kriegsgebieten des Staates entfernt waren. Die Ittihad-Terakki und die fortschrittliche Bewegung hatten jedoch bereits vor der Verabschiedung dieses Gesetzes Pläne zur Beseitigung der christlichen Bevölkerung ausgearbeitet, die ihren Zielen auf der Grundlage ihrer türkisch-islamischen Ideologie entsprachen. Bereits 1912 wurden Massaker an den in der Ägäis ansässigen Griechen geplant, und 1914 wurde diese völkermörderische Politik auf Hakkari ausgedehnt, wo Angriffe auf die Vertreibung der Suryoye aus ihrem angestammten Land stattfanden. Das eigentliche Ziel dieses Völkermordes war die Ausrottung aller Christen in Anatolien und die weitere Türkisierung und Islamisierung der Region. In Verbindung mit dem Mobilisierungsbeschluss des Osmanischen Reiches wurden paramilitärische Gruppen gebildet, um die türkische Welt zu vereinen, die hauptsächlich in Ostanatolien operierten und sich aus Gefangenen, eingewanderten Türken und Mitgliedern kurdischer Stämme zusammensetzten.

Am 11. November 1914 trat das Osmanische Reich offiziell in den Ersten Weltkrieg ein, und deutsche Generäle übernahmen Schlüsselpositionen in der osmanischen Armee. Die turanistische (pan-türkische) Ideologie der Unionisten und die deutsche Strategie, Muslime aus Indien, Zentralasien und Nordafrika zu vereinen, um den britischen Einfluss zurückzudrängen, wurden gleichzeitig verfolgt. Im November 1914 begannen staatlich geförderte Milizen mit Angriffen auf die Bevölkerung der Suryoye im Osten in den Regionen Hakkari und Van. Im Februar 1915 begannen die ersten Deportationen von Armeniern. Zunächst erfolgten die Angriffe nicht systematisch, doch im März 1915 wurde bei einer Reihe von Treffen, die vom Komitee für Union und Fortschritt in Istanbul organisiert wurden, beschlossen, den Völkermord zu systematisieren. Auch die deutschen Behörden wurden von diesem Beschluss in Kenntnis gesetzt, und der Plan wurde in die Tat umgesetzt.

Im April 1915, nach einem armenischen Aufstand in Van, wurden armenische Intellektuelle und Persönlichkeiten in verschiedenen Städten verhaftet. Am 24. und 15. April 1915 wurden Hunderte von armenischen Intellektuellen und Persönlichkeiten in Istanbul verhaftet. Viele der Verhafteten wurden gefoltert und öffentlich hingerichtet, was als Mittel der Einschüchterung diente. Von Mai bis August 1915 fand die systematische Durchführung des Völkermords an den Armeniern und Suryoye statt. Diese völkermörderische Politik führte zu einer der dunkelsten Perioden in der Geschichte des Suryoye Volkes.

Der Völkermord von 1915, der auch als Sayfo (was auf Aramäisch "Schwert" bedeutet) bekannt ist, hat das soziale Gefüge der Gemeinschaft der Suryoye zerrüttet und tiefe Wunden hinterlassen. Mehr als 500.000 Suryoye fielen diesem Völkermord in den Regionen unter osmanischer Herrschaft zum Opfer.

Bevölkerung der im Osmanischen Reich und im Iran lebenden Suryoye vor dem Völkermord von 1915

Die Zahlen der Bevölkerung der Suryoye in den verschiedenen Regionen lauten wie folgt:

Region Urmia: 70.000; Hakkari und Grenzregion: 153.000; Provinz Sivas: 25.000; Harpout Stadt: 5.000; Provinz Diyarbakir: 60.000; Region Van: 98.000; Region Bitlis: 15.000; Region Turabdin: 200.000; Mosul: 100.000; Sapna: 10.000; Zibar: 15.000; Botan: 5.000; Bass Pervari: 5.000; Urfa: 5.000; Siirt: 25.000

Die Gesamtbevölkerung in diesen Gebieten betrug etwa 791.000 Menschen.

Die Bevölkerung der Suryoye in Bagdad, Erbil, Kirkuk, Basra und Umgebung, Kars, Antakya, Syrien und im Libanon ist in diesen Statistiken nicht enthalten.

Die Massaker an der Bevölkerung der Suryoye begannen am 15. April 1915 in den Regionen Van, Bitlis und Siirt. Ab Mai 1915 griffen die Gräueltaten auf Hakkari, Urmia, die Provinz Diyarbakir (einschließlich Mardin, Turabdin und Urfa), Sivas, Malatya, Adiyaman, Elaziğ, Adana, Antakya, Maraş, Antep, Erzurum, Kars und andere Gebiete über. Während die Bevölkerung der Suryoye in vielen Regionen neben muslimischen Gemeinschaften lebte, waren die Provinz Diyarbakir und ihre Umgebung überwiegend von Westsyryern bewohnt, die Gebiete Van, Bitlis und Siirt von Chaldäern und die Regionen Van, Hakkari und Urmia von Assyryern. Der Völkermord an den Suryoye fand 1918 sein Ende.

Artikel des Waffenstillstandsvertrags von Moudros und Zusammenfassung des Zeitraums

Der Waffenstillstandsvertrag, bekannt als Mudros-Waffenstillstand, wurde am 30. Oktober 1918 an den Grenzen des Hafens von Moudros auf der Insel Lemnos unterzeichnet. Er wurde zwischen Rauf Bey, dem Marineminister des Osmanischen Reiches, und den alliierten Mächten unterzeichnet. Dieser Vertrag spielte eine wichtige Rolle bei der Gestaltung des Endes des Osmanischen Reiches, da er die zuvor vom Osmanischen Reich besetzten Gebiete unter verschiedenen Mächten aufteilte.

Als sich der Erste Weltkrieg seinem Ende näherte, hatten die Bündnisstaaten keine Hoffnung mehr, den Krieg zu gewinnen. Im Angesicht der Niederlage unterzeichneten sie Verträge mit strengen Sanktionen. Der Waffenstillstandsvertrag von Mudros bestand aus 25 Artikeln, in denen die Bedingungen für den Waffenstillstand festgelegt wurden.

Nachfolgend sind einige wichtige Artikel des Vertrags aufgeführt:

- **Artikel 4** sah vor, dass alle Kriegsgefangenen der Entente-Mächte und armenischen Gefangenen bedingungslos an die Entente-Mächte in Istanbul übergeben werden sollten.
- In **Artikel 5** wurde die sofortige Demobilisierung der osmanischen Armee gefordert, mit Ausnahme der für den Grenzschutz und die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erforderlichen Kräfte.
- Nach **Artikel 7** hatten die Entente-Mächte das Recht, an jedem strategischen Punkt zu intervenieren, wenn eine Situation eintrat, die ihre Sicherheit bedrohte.
- **Artikel 11** verlangte den Rückzug der osmanischen Truppen aus allen besetzten Gebieten im Iran und im Kaukasus.
- In **Artikel 16** wurde festgelegt, dass sich die Streitkräfte von Hidschaz, Jemen, Syrien und Irak den Befehlshabern der nächstgelegenen verbündeten Staaten ergeben würden.
- **Artikel 24** räumte den alliierten Mächten die Befugnis ein, im Falle von Unruhen in einer der sechs als vilayet-i Sitte bezeichneten Provinzen (Erzurum, Van, Harpout, Diyarbakir, Sivas und Bitlis) präsent zu sein. Der Begriff vilayet-i Sitte bezieht sich auf diese sechs Provinzen, wie sie im Vertrag von Berlin vom 13. Juli 1878 definiert wurden.

Diese und andere Artikel des Waffenstillstandsvertrags von Mudros prägten die Nachkriegslandschaft und hatten erhebliche Auswirkungen auf die Zukunft des Osmanischen Reichs.

Pariser Friedenskonferenz

In den Jahren 1919 und 1920 fand in Paris eine Reihe von Konferenzen statt, die zur Unterzeichnung des Vertrags von Sèvres führten. Diese Konferenzen waren von entscheidender Bedeutung für das Schicksal der unter osmanischer Herrschaft lebenden Völker und die Aufteilung der Territorien. An diesen Konferenzen nahmen Vertreter der Siegerstaaten, des Osmanischen Reichs und der unter osmanischer Herrschaft lebenden Völker teil.

Drei assyrische (Ost-Suryoye) Delegationen nahmen an der Pariser Friedenskonferenz teil. Die erste Delegation vertrat die Assyrer aus dem Iran und hatte die geringsten Beziehungen zu den Briten. Leider musste diese Delegation ihre Arbeit unterbrechen und Paris aufgrund der feindseligen Haltung der britischen Vertreter verlassen.

Die zweite Delegation war die amerikanische Delegation, zu der Mitglieder wie Said Raji, Musa Sukhur, Bischof Afrem Barsaum, Piyer Pakus, Aho Aram Ablahad, A.K. Yusuf, Rustem Najib, Jan Zabuni, Yuvel E. Varda und Said Antun Namik gehörten. Diese als Othur-Kaldo-Delegation bezeichnete Gruppe bestand aus Vertretern der drei Kirchen der Suryoye (syrisch-orthodox, ostapostolisch und chaldäisch). Auf der Konferenz setzte sich die amerikanische Delegation für die Gründung eines assyrischen Staates unter der Schirmherrschaft einer der Großmächte ein. Sie schlug vor, dass historisch assyrische Gebiet von Obermesopotamien (vom unteren Zap-Fluss bis zum Norden) und die Berge von Diyarbakir und Armenien in den geplanten assyrischen Staat einzubeziehen. Diese Delegation stieß jedoch auch auf den Widerstand des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten, so dass ihre Bemühungen letztlich erfolglos blieben. Präsident Wilson, der die Konferenz leitete, plädierte für die Teilung des Osmanischen Reiches, wobei den dort lebenden nicht-türkischen Völkern die Möglichkeit einer angemessenen Entwicklung eingeräumt werden sollte.

Die dritte Delegation vertrat die Assyrer aus dem Irak und wurde von Frau Sürme geleitet. Die britische Regierung verhinderte zunächst, dass die irakische Delegation nach Paris reiste, und erlaubte ihre Teilnahme erst am 21. Juli unter der Bedingung, dass sie zunächst London besuchte. Nach Ansicht der Briten konnte die assyrische Frage nur in London gelöst werden. Sürme Hanım stellte das assyrische Problem vom 17. bis 19. Januar 1919 im Oberhaus vor. Nachdem die beiden Delegationen mit leeren Händen von den Konferenzen zurückgekehrt waren, wählte Frau Sürme Hanım einen flexibleren Ansatz. Sie verfolgte keine Diskussionen über die Gründung eines assyrischen Staates, sondern forderte stattdessen Garantien für die Rückkehr des assyrischen Volkes in sein Heimatland. Doch selbst diese vernünftige Forderung wurde von den Briten mit der Begründung abgelehnt, sie sei schwer zu erfüllen.

Die Verhandlungen zwischen den siegreichen Ländern vor der Unterzeichnung des Vertrags von Sèvres (1918-1920) zielten darauf ab, Pläne für den Nahen Osten zu entwickeln, um das besiegte Osmanische Reich zu zerschlagen und ihren eigenen Einfluss in der Region gemäß ihren jeweiligen Interessen zu etablieren.

Vertrag von Sèvres

Der Vertrag von Sèvres, der am 10. August 1920 zwischen den alliierten Mächten und der Regierung des Osmanischen Reiches unterzeichnet wurde, war ein wichtiges Ereignis nach dem Ersten Weltkrieg. Die Unterzeichnung fand im Keramikmuseum am Rande von Sèvres, 3 km westlich von Paris, statt. Allerdings verlor der Vertrag von Sèvres mit der Unterzeichnung und Umsetzung des Vertrags von Lausanne am 24. Juli 1923 seine Gültigkeit. Die Türken gingen als Sieger aus dem türkischen Unabhängigkeitskrieg hervor, der zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrags von Sèvres noch andauerte. Der Vertrag von Sèvres

bestand aus 433 Artikeln und enthielt verschiedene Bestimmungen, darunter die Kontrolle des Irak durch England und Syriens und Kilikiens durch Frankreich.

Dem Vertrag zufolge sollten diese Regionen als Mandatsgebiete eingerichtet und dort ein arabischer Staat oder eine Konföderation arabischer Staaten gebildet werden. Der Vertrag schlug auch die Schaffung eines armenischen Staates und die Errichtung eines autonomen Kurdistans vor, wobei die genauen Grenzen für letzteres unklar waren.

Artikel 62 des Vertrags von Sèvres sah vor, dass die Rechte des assyrischen Volkes nur unter der Schirmherrschaft eines autonomen Kurdistans garantiert werden sollten. Dieser vage und unkonkrete Artikel hatte jedoch zur Folge, dass die Suryoye vollständig unter britische Autorität fielen. In einem anderen, weithin akzeptierten Artikel heißt es: "Die Türkei muss die Rückkehr der nicht-türkischen Bevölkerung in ihre Heimat erleichtern und sie für die erlittenen Schäden entschädigen."

Als die Verhandlungen über den Vertrag von Sèvres begannen, kam es auch innerhalb des Komitees für Union und Fortschritt zu Veränderungen. Die Schlüsselfiguren der KP, Talat, Cemal und Enver Pascha, flohen am 2. November nach der osmanischen und deutschen Niederlage im Krieg auf ein deutsches Schiff. Unterdessen gewann Mustafa Kemal immer mehr an Bedeutung. Als Reaktion auf die Verhandlungen von Sèvres kam es zu einem Aufstand der Türken, der zu einem neuen Kampf führte, der durch den aufkommenden Nationalismus angeheizt wurde. Die türkische Seite initiierte eine ethnische Säuberungsaktion gegen die Pontos-Griechen.

Auf dem Kongress von Erzurum (23. Juli 1919) und dem Kongress von Sivas (4.-11. September 1919) wurde die in den Vorverhandlungen zum Vertrag von Sèvres vorgeschlagene Gründung armenischer und griechischer Staaten abgelehnt. Die muslimischen Völker Anatoliens wurden am 1. März 1920 aufgerufen, sich zu vereinen und gegen die Christen zu kämpfen. Um zu verhindern, dass die imperialistischen Länder Zugang zum Schwarzen Meer erhalten, treffen sich die Bolschewiki mit Mustafa Kemal und beschließen, ihm zu helfen. Am 19. März 1920 gründete Mustafa Kemal als Alternative zur Regierung in Istanbul ein neues Parlament in Ankara, die Große Nationalversammlung. Auf der ersten Sitzung am 23. April wurde er zu ihrem Präsidenten gewählt, während sein enger Vertrauter İsmet İnönü die Rolle des Staatsoberhauptes übernahm.

Im Juni 1920 begannen die Türken einen neuen Krieg gegen die Armenier, um den Sèvres-Prozess zu vereiteln. Der Krieg gegen die Armenier endete im Dezember mit einem Friedensvertrag, in dem die Ostgrenze der Türkei festgelegt wurde. Als die Regierung in Istanbul am 10. August 1920 den Vertrag von Sèvres akzeptierte, war dies eine Gelegenheit für die Regierung in Ankara, die alle Unterzeichner des Vertrages als Verräter denunzierte. Nach dem armenisch-türkischen Krieg marschierten die Bolschewiken in Eriwan ein, was dazu führte, dass Armenien zu einer Sowjetrepublik wurde. Das im Vertrag von Sèvres vorgeschlagene Projekt eines Großarmeniens wurde nicht verwirklicht.

Am 16. März 1921 wurde der Moskauer Vertrag zwischen den Türken und der Sowjetunion unterzeichnet. In diesem endgültigen Abkommen wurden die Grenzen zwischen den beiden Parteien festgelegt und die Bestimmungen des Vertrags von Sèvres ausdrücklich abgelehnt. Mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags verlor der Vertrag von Sèvres seine Bedeutung und seinen Einfluss.

Der türkische Sieg im Unabhängigkeitskrieg hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die politische Landschaft in der Region. Die Führung von Mustafa Kemal und die Einrichtung der Großen Nationalversammlung in Ankara boten der türkischen Nationalbewegung eine starke Plattform. Da die türkischen Streitkräfte ausländische Interventionen erfolgreich abwehrten und ihre Unabhängigkeit behaupteten, wurden die Verhandlungen und Diskussionen über den Vertrag von Sèvres obsolet.

Der am 24. Juli 1923 unterzeichnete Vertrag von Lausanne ersetzte den Vertrag von Sèvres und bildete den neuen Rahmen für die Lösung von Fragen im Zusammenhang mit dem Osmanischen Reich. Mit dem Vertrag von Lausanne wurde die Republik Türkei als unabhängiger und souveräner Staat anerkannt. Der Vertrag legte die modernen Grenzen der Türkei fest, regelte den Bevölkerungsaustausch und klärte verschiedene politische, wirtschaftliche und territoriale Fragen. Er legte den Grundstein für eine neue Ära in der türkischen Geschichte und markierte das Ende des Osmanischen Reiches.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Vertrag von Sèvres zwar mit der Absicht unterzeichnet wurde, das Osmanische Reich unter den Siegermächten aufzuteilen, dass er aber aufgrund des türkischen Unabhängigkeitskrieges und der anschließenden Unterzeichnung des Vertrags von Lausanne seine Gültigkeit verlor. Die Ereignisse in dieser Zeit veränderten die politische Landschaft der Region und führten zur Gründung der Republik Türkei als modernem Nationalstaat.

Vertrag von Lausanne

Nach dem Krieg und den anschließenden Verträgen waren die Grenzen der Türkei zu Syrien, Griechenland und den östlichen Regionen des Landes festgelegt worden. Eine Grenze war jedoch noch nicht endgültig festgelegt - die Grenze zum britischen Mandatsgebiet Irak, insbesondere in der Region Hakkari und im Nordirak, wo sich das Schicksal der Ost-Suryoye (Assyrer, Chaldäer) entscheiden sollte. Der Streit um Mosul spielte bei den Herausforderungen, die sich bei der Festlegung dieser Grenze stellten, eine wichtige Rolle und wurde zu einem zentralen Thema bei den Verhandlungen in Lausanne.

Die Verhandlungen begannen am 21. November 1922 im Schloss Ouchy in Lausanne, Schweiz. An den Gesprächen nahmen Vertreter aus Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Griechenland, dem Königreich Jugoslawien, Rumänien und der neu gebildeten türkischen Regierung teil. Es ist wichtig zu erwähnen, dass die Vertreter der Suryoye (assyrischen, chaldäischen) nicht an den Treffen auf höherer Ebene in Lausanne teilnahmen. Lord George Curzon, der Vertreter Großbritanniens, machte jedoch deutlich, dass er sich für die Interessen der Suryoye einsetzen würde. Die Diskussionen über Minderheitenfragen begannen am 12. Dezember 1922 unter dem Vorsitz von Lord Curzon. In seiner Eröffnungsrede ging Lord Curzon auf das Problem der Minderheiten ein, wobei er sich auf die religiöse Grundlage konzentrierte und sowohl christliche als auch muslimische Minderheiten anerkannte. Er betonte die Gleichheit der christlichen Minderheit in Asien und der muslimischen Minderheit in Europa.

Am 13. Dezember brachte İsmet Pascha, der als Vertreter der Türkei an dem Treffen teilnahm, den Wunsch der Türkei zum Ausdruck, gute Beziehungen zu den Nestorianern und Armeniern zu pflegen. Aga Peter, der die Suryoye (Ost- und West-Suryoye) und die Jesiden vertrat, nahm an der Untersitzung zu den Minderheiten in Lausanne teil. Während des Treffens kam es zu Verhandlungen zwischen İsmet Pascha und Aga Petrus. Schließlich erklärte İsmet Pascha, dass die türkische Regierung Minderheitenrechte nach denselben Grundsätzen wie in den jüngsten europäischen Verträgen akzeptieren würde, allerdings unter der Bedingung, dass die Muslime in den Nachbarländern dieselben Rechte genießen.

In einer Rede am 9. Januar 1923 brachte Lord Curzon seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Artikel des Vertrages, die sich auf die Minderheiten beziehen, einen angemessenen Schutz bieten würden. Er blieb jedoch skeptisch, ob diese Bestimmungen die bestehenden Widersprüche vollständig auflösen würden. Schließlich wurde am 24. Juli 1923 der Vertrag von Lausanne unterzeichnet. Die im Misak-i-Milli vorgeschlagenen Grenzen wurden von den Türken akzeptiert, mit Ausnahme der Region Mosul.

Nach 16 Sitzungen des Unterausschusses für Minderheiten enthielt der Vertrag mehrere Artikel, die sich mit Minderheitenrechten befassten. Diese Artikel, die in Teil III des Vertrags (Artikel 37 bis 45) enthalten sind, beschreiben die Rechte und den Schutz von Minderheiten in der Türkei:

- § **37** gewährleistete, dass die in den Artikeln 38 bis 44 enthaltenen Bestimmungen als Grundgesetze anerkannt werden, wodurch widersprüchliche oder unvereinbare Gesetze, Verordnungen oder Amtshandlungen verhindert werden.
- § **38** wurde die türkische Regierung beauftragt, den vollen Schutz des Lebens und der Freiheit aller in der Türkei lebenden Personen zu gewährleisten, unabhängig von ihrer Geburt, Nationalität, Sprache, Abstammung oder Religion.
- § **39** garantierte, dass türkische Staatsangehörige, die nicht-muslimischen Minderheiten angehören, die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie Muslime genießen und betonte die Gleichheit vor dem Gesetz, unabhängig von der Religion.
- § **40** legte fest, dass türkische Staatsangehörige, die nicht-muslimischen Minderheiten angehören, sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Praxis gleich behandelt, garantiert und geschützt werden sollten. Sie erhielten das Recht, wohltätige, religiöse und soziale Einrichtungen sowie Schulen zu gründen, zu verwalten und zu kontrollieren, ihre eigene Sprache frei zu verwenden und ihre religiösen Riten zu praktizieren.
- § **41** verpflichtete die türkische Regierung, in Provinzen und Bezirken, in denen ein erheblicher Anteil nicht-muslimischer Staatsangehöriger wohnte, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Kinder dieser türkischen Staatsangehörigen in der Grundschule in ihrer Muttersprache unterrichtet werden. Diese Bestimmung hinderte die türkische Regierung jedoch nicht daran, den Unterricht in der türkischen Sprache in diesen Schulen zur Pflicht zu machen.
- § **42** befasste sich mit dem Familienstand, dem Familienrecht und dem persönlichen Status von nicht-muslimischen Minderheiten. Die türkische Regierung verpflichtete sich, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um diese Fragen im Einklang mit den Sitten und Gebräuchen der betroffenen Minderheiten zu regeln. Spezielle Ausschüsse, die sich aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der türkischen Regierung und jeder betroffenen Minderheit zusammensetzen, sollen für die Organisation dieser Maßnahmen verantwortlich sein. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten würde ein übergeordneter Schiedsrichter, der gemeinsam aus von der türkischen Regierung und der Versammlung des Völkerbundes ernannten europäischen Juristen ausgewählt wird, die Angelegenheit entscheiden.
- § **43** den uneingeschränkten Schutz von Kirchen, Synagogen, Friedhöfen und anderen religiösen Einrichtungen, die den betroffenen Minderheiten gehören, gewährleistet. Die türkische Regierung verpflichtete sich, den Stiftungen, religiösen Organisationen und karitativen Einrichtungen dieser Minderheiten ohne Diskriminierung alle erforderlichen Erleichterungen und Genehmigungen zu gewähren und die Wiedererrichtung religiöser und karitativer Einrichtungen ähnlich wie bei anderen privaten Einrichtungen zu unterstützen.
- § **44** erkannte an, dass türkische Staatsangehörige, die nicht-muslimischen Minderheiten angehören, nicht gezwungen werden sollten, gegen ihren Glauben oder ihre religiösen Praktiken zu handeln. Außerdem dürften ihnen ihre Rechte nicht entzogen werden, wenn sie an Werktagen nicht vor Gericht erscheinen oder die gesetzlich vorgeschriebenen Handlungen nicht ausführen.
- § **45** legt fest, dass die Rechte, die den nicht-muslimischen Minderheiten in der Türkei gewährt werden, wie in den vorangegangenen Artikeln beschrieben, auch in Griechenland für die muslimische Minderheit innerhalb seiner Grenzen anerkannt werden sollen.

Leider garantierte der Vertrag von Lausanne nicht die Identität und die Rechte des Suryoyo Volkes explizit, was in der Folge zu Unterdrückung und Angriffen gegen sie führte. Die Republik Türkei, die aus den Folgen des Ersten Weltkriegs hervorging, wurde zu einem feindlichen Umfeld für die innerhalb ihrer Grenzen lebenden Völker, insbesondere für die Suryoye. Die Bestimmungen über nicht-muslimische Minderheiten

im Vertrag von Lausanne, der die Grundlage für die Republik Türkei bildete, waren so konzipiert, dass die Minderheiten ihrer Rechte beraubt wurden.

Während bestimmte im Vertrag von Lausanne festgelegte Beschlüsse in Bezug auf nicht-muslimische Minderheiten für die armenische, griechische und jüdische Gemeinschaft der Türkei teilweise umgesetzt wurden, um auf der Weltbühne einen positiven Eindruck zu erwecken, wurden dem Suryoyo Volk nicht dieselben Rechte gewährt. Ohne rechtliche und verfassungsmäßige Garantien wurde das Suryoyo Volk als ethnische Identität missachtet und war von den ersten Jahren der Republik an einer Politik der Verleugnung und Ausrottung ausgesetzt. In Regionen wie Tur Abdin, Hakkari und Urfa, in denen sich die Suryoyo Gemeinschaften konzentrierten, waren sie mit Einschränkungen und Embargos in sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen konfrontiert. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde unterdrückt, der Unterricht in der Muttersprache wurde verweigert, und die kirchliche Verwaltung, die für das Suryoyo Volk eine verbindende Kraft darstellte, wurde ständig unter Druck gesetzt, während die Äußerung religiöser und kultureller Werte verboten war.

Die türkischen Behörden setzten verschiedene Methoden ein, darunter Landbeschlagnahmen, ungleiche Behandlung vor Gericht, Wehrpflicht unter harten geografischen Bedingungen, religiöse Diskriminierung, hohe Besteuerung, physische Aggression und eine auf Angst basierende Einwanderungspolitik, um die Existenz des Suryoyo Volkes - der ältesten einheimischen Gruppe in der Region - auszulöschen. Infolgedessen leben heute nur noch wenige tausend Suryoye, und das vergangene Jahrhundert war Zeuge einer systematischen Kampagne gegen ihre Kultur, Sprache, Religion und allgemeine Identität.

Die Situation der Suryoye in der Türkei im letzten Jahrhundert

Im Jahr 1924 führte die Armee der Republik Türkei ihre erste Operation gegen die Suryoye des Ostens (Assyrer) durch, die in Hakkari und im Nordirak lebten. Nach 1922 begannen die Assyrer, in ihre Dörfer in der Region Hakkari zurückzukehren, die sie 1915 verlassen hatten. Da die türkisch-irakische Grenze noch nicht festgelegt worden war, verstärkte sich die Rückkehr in den Jahren 1923 und 1924. Die Assyrer versammelten sich in Urmia, Hakkari und im Nordirak und bewaffneten sich zur Selbstverteidigung mit begrenzter Unterstützung der Briten. Zu dieser Zeit stand der Irak unter britischem Mandat, und der Iran war unter britischem Einfluss. Die türkische Führung, die nicht in der Lage war, die Mosul-Frage mit den Briten zu lösen, sah in den Assyrern einen gefährlichen Faktor, der ihre Pläne für Mosul gefährden konnte.

Infolgedessen wurden alle Bewegungen und Beziehungen der Assyrer vom türkischen Staat überwacht. Türkische Militäreinheiten wurden von den zivilen Behörden beauftragt, Informationen über die Stärke und die Fähigkeiten der Assyrer zu sammeln. Am 7. August 1924 stießen die türkischen Beamten bei ihren Erkundungen auf eine Reaktion der Assyrer. Der Aufstand, der an diesem Tag begann, beschleunigte die Vorbereitungen des türkischen Staates auf einen Angriff. Am 13. August 1924 wurden der Bericht und der Einsatzplan des Chefs des türkischen Generalstabs vorgelegt und am 14. August 1924 vom Ministerrat angenommen. Gemäß diesem Beschluss wurden Militäreinheiten aus verschiedenen Gebieten in die Regionen Cizre, Hakkari, Van und Bitlis verlegt. Acht Flugzeuge wurden von Izmir nach Mardin entsandt, und alle notwendigen Vorräte und Munition wurden vorbereitet. Es wurden Beziehungen zu kurdischen Stammesführern aufgebaut und Bestechungsgelder gezahlt. Die Stammeskräfte wurden organisiert und mobilisiert, und es wurden intensive Maßnahmen gegen jede mögliche Unterstützung durch die Assyrer in der Region Urmia ergriffen.

Daher wurde am 3. September 1924 ein Angriff auf Tausende von Assyrern in der Region Hakkari gestartet. Bei dem Angriff wurden verschiedene Waffen eingesetzt und Gebiete wie Beytüşşebap, Hakkari, Oramar, Çukurca (Çal), Amadiye und die umliegenden Regionen angegriffen. Die Operation dauerte bis Ende

September 1924 und führte zu einem Massaker an Hunderten von Assyern, der Niederbrennung Dutzender Dörfer und der erzwungenen Auswanderung der Verbliebenen in den Iran und den Irak.

Während der Rebellion von Scheich Sait, die 1925 begann, und der Verfolgung von Haco Agha im Turabdin wurden viele Suryoye massakriert. Infolgedessen mussten zahlreiche Suryoye aus dem Tur Abdin nach Syrien auswandern. Am 15. Dezember 1925 wurde die Grenze zwischen der Türkei und dem Irak, die so genannte Brüsseler Linie, gemäß der Entscheidung des Haager Gerichtshofs des Völkerbundes offiziell als Grenze anerkannt. Am 5. Juni 1926 wurde die Mosul-Frage dank intensiver diplomatischer Bemühungen mit der Unterzeichnung eines Vertrags zwischen den Führern Großbritanniens, des Irak und der Türkei gelöst.

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs verfolgte der türkische Staat eine spezifische Politik gegenüber Nicht-Muslimen. Alle jungen Männer der Suryoye wurden auf der Grundlage des Mobilisierungsgesetzes mobilisiert und zu schwerer Arbeit in verschiedenen Bereichen wie Eisenbahnen, Flughäfen, Straßen, Bauarbeiten und Eisengießereien herangezogen. Während im neu entwickelten westlichen Teil der Türkei wirtschaftliche Investitionen getätigt wurden, blieben die Gebiete, in denen Suryoye lebten, von diesen Investitionen ausgeschlossen. Die daraus resultierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Armut schufen Bedingungen, die die Auswanderung der Suryoye begünstigten. Suryoye waren religiöser, psychologischer und physischer Unterdrückung in Schulen, beim Militärdienst und in allen anderen Lebensbereichen ausgesetzt. Mit der Zeit wurde dieser Druck immer systematischer. Staatliche Kräfte provozierten bewusst ethnische und religiöse Differenzen, stachelten die Massen an, sich gegeneinander zu stellen, und beschleunigten die Auswanderung.

In den Jahren 1962-1963 wurde unter dem Vorwand der Ereignisse auf Zypern ein Marsch in der Stadt Midyat im Tur Abdin organisiert, wo die Suryoye die Mehrheit bilden. Dieser Marsch, an dem fanatische Massen beteiligt waren, wurde von Sondereinheiten des Staates mit dem Ziel organisiert, einen Angriff auf die Suryoye zu starten. In der Folge wurden die Suryoye, vor allem in und um Midyat, sporadisch angegriffen und attackiert. Diese Provokationen, die Unterdrückung und die wirtschaftliche Not zwangen die Suryoye zur Arbeits- und Flüchtlingsmigration, zunächst nach Istanbul und später nach Europa, das in den 1960er Jahren seine Tore öffnete. Darüber hinaus nahm der Staat auch Klöster und Kirchen ins Visier. Im Jahr 1978 wurden die Klöster Mor Gabriel und Deyrulzafaran in der Provinz Mardin unter dem Vorwand geschlossen, dass diese Klöster Kämpfer für die armenische Organisation ASALA rekrutieren würden. Außerdem wurde am 29. Oktober 1978 Endravos Demir, eine prominente Persönlichkeit aus Kerboran, vor seinem Tor erschossen und erhielt fünf Schusswunden in die Brust. Nach diesem Mord wanderten alle in Kerboran verbliebenen Suryoye nach Europa, einschließlich Schweden, aus. Diese Migration breitete sich auch auf andere Dörfer der Suryoye in Tur Abdin, Botan und Hakkari aus.

Mit dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurde die Politik der Unterdrückung und Auswanderung noch deutlicher. Mit der Verfassung von 1982 wurde der obligatorische islamische Religionsunterricht in den Schulen eingeführt, was sich äußerst negativ auf die Bevölkerung der Suryoye auswirkte, deren christliche religiöse Identität im Vordergrund stand. Da in den obligatorischen islamischen Religionskursen auch christliche Schüler unterrichtet wurden, entschieden sich die Familien, ihre Kinder nicht zur Schule zu schicken und stattdessen für die Auswanderung. Diese Auswirkungen in Verbindung mit der systematischen Erleichterung von Migrationsmöglichkeiten nach Europa (z. B. beschleunigte Passverfahren, laxe Kontrollen der illegalen Einwanderung an Flughäfen, Aufbau von Migrantennetzwerken usw.) führten Anfang der 1980er Jahre zu einer bedeutenden Welle der Migration der Suryoye nach Europa. Während dieser Zeit wurde das bewegliche und unbewegliche Vermögen der Suryoye beschlagnahmt.

Am 15. August 1984 wurden als Reaktion auf den bewaffneten Kampf der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Einheiten der türkischen Armee in großem Umfang in den östlichen und südöstlichen Regionen stationiert. Zu den zahlreichen Maßnahmen, die die Republik Türkei zur Unterdrückung der Aktionen der PKK ergriff, gehörte die offizielle Einführung des Systems der Dorfschützer im Mai 1985. Die kurdische Hisbollah, die sich die Religion gegen die Suryoye zunutze machte und vom Staat stillschweigend geduldet wurde, verübte zahlreiche Morde und Entführungen, die sich gegen Suryoye richteten. Neben den Dorfschützern und der Hisbollah griffen auch Spezialkräfte und geheime staatliche Einheiten zu verschiedenen Unterdrückungstaktiken, um die Suryoye zur Flucht aus der Region zu zwingen. Trotz dieser Bemühungen wurden zwischen 1987 und 1998 Dutzende von Syrern, die sich weigerten, ihr Land zu verlassen, massakriert. Außerdem wurden die Suryoye wie alle Minderheiten in der Türkei vom Minderheitenbeobachtungsrat überwacht, der in den 1960er Jahren heimlich vom Staat eingerichtet wurde. Die Täter zahlreicher Vorfälle und Angriffe bleiben unbekannt.

Infolge der systematischen Unterdrückung der Suryoye emigrierten nach der Gründung der Republik Türkei mehr als 90 % der Bevölkerung der Suryoye ins Ausland. Aufgrund der repressiven Politik in der Türkei konnten sich auch keine nationalen politischen Ideen unter den Syrern entwickeln. Seit den 1980er Jahren begannen jedoch politische Ideen unter den Syrern als Reaktion auf diese negative Politik zu entstehen.

Wichtige Daten und Ereignisse im Zusammenhang mit der Unterdrückung der Suryoye in der Türkei nach dem Völkermord von 1915

- **1924** wurden die in und um Hakkari lebenden Suryoye Ziel einer groß angelegten Kampagne, die zur Ermordung Tausender Menschen, zur Zerstörung Hunderter Dörfer und zur Vertreibung Zehntausender Menschen in den Irak führte. In dieser dicht besiedelten Region der Suryoye wurden bis auf wenige Ausnahmen fast alle Dörfer evakuiert.
- Zwischen **1924 und 25** wurden die Suryoye aus Urfa und Umgebung zwangsumgesiedelt, insbesondere nach Aleppo in Syrien.
- Im **Jahr 1925** wurden die Suryoye durch das von der Großen Nationalversammlung der Türkei erlassene Takriri-Schweigegesetz unterdrückt.
- Im Jahr **1928** wurde die letzte Schule der Suryoye in Mardin geschlossen.
- Am **1. November 1928** wurde ein Gesetz verabschiedet, das alle anderen Sprachen als Türkisch verbot. Dieses Gesetz trat am 1. Januar 1929 in Kraft.
- Am **3. November 1928** wurde die Verwendung eines anderen Alphabets als des türkischen Alphabets innerhalb der Grenzen der Republik Türkei verboten, einschließlich der alten aramäischen Schrift, die seit Tausenden von Jahren verwendet worden war.
- **1932** wies die türkische Regierung den Patriarchen der Syrisch-Orthodoxen Kirche aus dem türkischen Staatsgebiet aus, wodurch das Suryoyo Volk ohne religiöses Oberhaupt blieb und die Organisation der Kirche aufgelöst wurde. Mar Elias Shakir, der damalige Patriarch der Syrisch-Orthodoxen Kirche, ging ins Exil nach Indien und verstarb dort. In der Folge wurde der Sitz des Patriarchen der syrisch-orthodoxen Kirche nach Syrien verlegt, das unter französischer Kontrolle stand.
- Am **21. Juni 1934** wurden gemäß dem Gesetz über die Familiennamen türkische Nachnamen verbindlich vorgeschrieben, um Nachnamen zu ersetzen, die die ethnische Zugehörigkeit und die kulturellen Merkmale der Personen widerspiegelten. Folglich mussten alle Menschen türkischsprachige Nachnamen annehmen und ihre traditionellen Namen aufgeben.

- Während des Zweiten Weltkriegs (**1939-1945**) wurden der Bevölkerung der Suryoye unter dem Vorwand der "Vermögenssteuer" hohe Steuern auferlegt, was zu Verarmung und wirtschaftlichem Niedergang in den Regionen führte, in denen sie wohnten.
- Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg setzten die Regierungen und Behörden der Türkischen Republik den Terror gegen die Bevölkerung der Suryoye fort, was zu Massakern an vielen Syrern führte. Im Jahr **1963** wurde nach einer Provokation durch die staatlichen Behörden aufgrund der Ereignisse in Zypern ein neuer Massenangriff in Midyat, der größten Siedlung der Suryoye, organisiert.
- Im Jahr **1963** wurden die Suryoye vom heimlich eingerichteten staatlichen Minderheitenüberwachungsausschuss bespitzelt und verfolgt.
- Im Jahr **1979** beschloss der Staat, einen obligatorischen islamischen Religionsunterricht einzuführen.
- Bis **1980** waren die Personalausweise der Suryoye mit "Süryani" und "Christlich" gekennzeichnet. Nach 1980 wurde das Wort "süryani" gestrichen und nur noch "christlich" eingetragen. Im **Jahr 2000** wurde auch das Wort "Christ" gestrichen, und die Kennzeichnung der religiösen Identität in der Türkei wurde eingestellt.
- Seit den frühen **1980er** Jahren sind Zehntausende Suryoye aus dem Tur Abdin unter Druck nach Europa ausgewandert. Außerdem wurde Tausenden die Staatsbürgerschaft entzogen und ihr Eigentum beschlagnahmt. Innerhalb kurzer Zeit wurden die Regionen Tur Abdin und Hakkari vollständig von Syrern geräumt, so dass nur noch einige Tausend Menschen dort lebten. Diejenigen, die nicht auswandern wollten, sahen sich starkem Druck und Angriffen der bewaffneten Kräfte ausgesetzt, was zur Ermordung von über 50 Syrern durch nicht identifizierte Angreifer führte. In der Region des Tur Abdin kam es zu ethnischen Säuberungen, und die Abwanderung hat sich beschleunigt.
- Im Jahr **1997** schloss die türkische Regierung zwei Suryoyo Klöster, Mor Gabriel und Deyrulzaharan, die Überbleibsel einer reichen christlichen Kultur waren. Außerdem wurde der Unterricht in aramäischer Sprache in anderen Klöstern verboten.
- Am **10. Oktober 2000** wurde Pastor Yusuf Akbulut aus Diyarbakir vor dem Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir wegen Separatismus angeklagt, weil er über die Massaker am Suryoyo Volk gesprochen hatte. Einzelpersonen und Organisationen, die sich für die Anerkennung des Völkermordes von 1915 einsetzen, werden nach wie vor bedroht.
- Im **Dezember 2002** wurde das neue, von der Generaldirektion für Stiftungen der Republik Türkei ausgearbeitete Stiftungsgesetz vom Ministerrat abgelehnt, ohne dem Parlament vorgelegt zu werden. Auch nach 99 Jahren verweigert der türkische Staat die Anerkennung des Suryoyo Volkes als christliche Gemeinschaft im Rahmen des Vertrags von Lausanne und leugnet damit faktisch dessen Existenz.
- Im Jahr **2008** leiteten staatliche Institutionen und einige Nachbardörfer rechtliche Schritte ein, um die Ländereien des Klosters Mor Gabriel zu beschlagnahmen, und betrieben Lobbyarbeit, um sie zu konfiszieren.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden die Namen von geografischen Gebieten und Orten, in denen das Suryoyo Volk lebte, geändert und mit neuen türkischen Namen versehen.

Die hervorgehobenen Ereignisse spiegeln eine Geschichte der Diskriminierung, Verfolgung und kulturellen Unterdrückung des Suryoyo Volkes in der Türkei wider.

Rechte des Suryoyo Volkes dürfen in neuen Verträgen nicht verweigert werden

Die Republik Türkei hat vor einigen Jahren einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union gestellt. Sie erfüllte jedoch nicht die von der Europäischen Union festgelegten Kriterien, was zur Aussetzung ihres

Antrags führte. Der Grund dafür ist, dass die Republik Türkei jeden Fortschritt auf dem Gebiet der Demokratie als Bedrohung für ihre rassistische Politik ansieht. Sie verfolgt nach wie vor eine assimilatorische, völkermörderische und negatorische Politik, die darauf abzielt, unterschiedliche Identitäten dauerhaft auszulöschen. Seit dem Vertrag von Lausanne sind die meisten der von der Türkei unterzeichneten regionalen und internationalen Verträge durch Sicherheitsmaßnahmen, antidemokratische Maßnahmen und die Missachtung der Rechte ihrer Völker gekennzeichnet. Trotz der Unterzeichnung von Menschenrechtsverträgen bleiben viele von ihnen nur Worte auf dem Papier, ohne dass sie tatsächlich umgesetzt werden. Der Rückzug der Türkei aus der Istanbul-Konvention ist ein Beispiel für die Tendenz der Türkei, solche Verträge zu missachten, wann immer sie es für richtig hält.

Am 8. November 2000 wurde der Weltöffentlichkeit das gemeinsame Dokument zum EU-Beitritt vorgestellt, das die wahre Strategie der Republik Türkei offenbart. Dieses von wirtschaftlichen Interessen geleitete Partnerschaftsdokument steht in direktem Widerspruch zu den in der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris, dem Wiener Übereinkommen und den Kopenhagener Kriterien festgelegten Grundsätzen. Das Partnerschaftsdokument zwischen der Europäischen Union und der Türkei wurde zwar ausgearbeitet, aber nie umgesetzt. Im Vergleich zu den Bestimmungen des Vertrags von Lausanne werden die Rechte der Suryoye, armenischen, griechischen, kurdischen und anderen Minderheitengruppen nicht ausreichend geschützt. Er ignoriert die Grundrechte dieser Völker.

Aufgrund historischer Erfahrungen befürchten wir, dass die gleiche negatorische Politik auch in künftigen Verträgen mit der Republik Türkei fortgesetzt wird. Das Partnerschaftsdokument erkennt zwar die individuellen und kulturellen Rechte an, versäumt es aber, die gegenwärtigen und zukünftigen Bedingungen dieser Völker und ihre legitimen Rechte in den Vordergrund zu stellen, da die Europäische Union in erster Linie auf die Erweiterung ihres Marktes bedacht ist. Wir fordern alle europäischen Länder auf, den Völkermord am Suryoyo Volk (Sayfo) an der Seite des armenischen Volkes in den Jahren 1914-15 zu thematisieren und anzuerkennen und jeden neuen Vertrag mit der Republik Türkei auf die Grundsätze der demokratischen Werte und die ethnischen und kulturellen Rechte des Suryoyo Volkes zu stützen.

Daher fordern wir als European Syriac Union (ESU) die Unterzeichnerstaaten des Vertrags von Lausanne, die Europäische Union und die Institutionen und Behörden der Vereinten Nationen auf, vernünftig zu handeln, die Realität des Suryoyo Volkes anzuerkennen und der jahrhundertelangen Unterdrückung seiner nationalen, sozialen und ethnischen Identität ein Ende zu setzen.

Unsere Forderungen

- Die Unterzeichner des Vertrags von Lausanne sollten ihren Verpflichtungen nachkommen und die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die gegen das Suryoyo Volk gerichtete Negationspolitik zu beenden.
- Die Europäische Union und die Vereinten Nationen sollten die Identität des Suryoyo Volkes offiziell anerkennen und einen Mechanismus einrichten, der den Schutz seiner Rechte gewährleistet.
- Die Republik Türkei und die Vereinten Nationen sollten den Völkermord an den Suryoye von 1915 anerkennen und bestätigen.
- Anlässlich des 100. Jahrestages des Vertrags von Lausanne sollte eine internationale Konferenz organisiert werden, die eine Plattform für Diskussionen und den Dialog über die Rechte und Herausforderungen des Suryoyo Volkes bietet.
- Es sollte eine umfassende Untersuchung der Verbrechen durchgeführt werden, die der türkische Staat im vergangenen Jahrhundert am Suryoyo Volk begangen hat, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und die entstandenen Schäden zu beheben.

- Es sollte eine Vertretung bei den Vereinten Nationen eingerichtet werden, die die Lage der Bevölkerung der Suryoye in der Türkei überwacht und sicherstellt, dass ihre Rechte und ihr Wohlergehen gewahrt werden.
- Das Suryoyo Volk sollte offiziell als einheimisches Volk innerhalb der Grenzen der Türkei anerkannt werden, und seine Rechte sollten verfassungsmäßig garantiert werden.
- Suryoye sollten unabhängig von Religion, Sprache, Rasse, ethnischer Zugehörigkeit oder Herkunftsregion den anderen türkischen Staatsbürgern gleichgestellt werden, wobei alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen sind.
- Das Recht auf individuellen und kollektiven Unterricht in der aramäischen Sprache sollte anerkannt und geschützt werden.
- Die Freiheit des Suryoyo Volkes, seine eigene Kultur, Traditionen und Bräuche zu leben und zu entwickeln, sollte anerkannt und respektiert werden.
- Die Freiheit der Religionsausübung für das Suryoyo Volk sollte anerkannt und gewahrt werden.
- Die Rückgabe von Siedlungen, Grundstücken und Vermögenswerten der Suryoye, die seit der Gründung der Republik Türkei aufgegeben wurden, sollte vorangetrieben werden.
- Alle politischen, sozialen und kulturellen Institutionen und Organisationen des Suryoyo Volkes sollten offiziell anerkannt oder ihr Recht, solche Institutionen zu gründen, sollte geschützt werden.
- Das Recht, in der aramäischen Sprache zu veröffentlichen, sollte anerkannt und unterstützt werden.
- Die demokratischen Rechte des Suryoyo Volkes sollten anerkannt und gewahrt werden.
- Die nationale Identität des Suryoyo Volkes sollte offiziell anerkannt werden.
- Die von der Europäischen Union für den Beitritt der Türkei ausgearbeiteten Partnerschaftsdokumente sollten mit den internationalen Vereinbarungen übereinstimmen und die Rechte und die Einbeziehung des Suryoyo Volkes einschließen.
- Die den nicht-muslimischen Minderheiten im Vertrag von Lausanne zugestandenen Rechte sollten erweitert und aktualisiert werden, um das Suryoyo Volk unter Berücksichtigung der heutigen Gegebenheiten einzubeziehen.
- Die Türkei sollte das Suryoyo Volk als ethnische Identität und nicht nur als religiöse Minderheit anerkennen.
- Das Recht auf Bildung in der aramäischen Muttersprache sollte gesetzlich garantiert werden, und die Einrichtung von Schulen in aramäischer Sprache sollte erleichtert werden.
- Die religiöse Unterdrückung des Suryoyo Volkes sollte beendet werden, indem der Schutz der Kirchen und die Rückgabe des gesamten Kircheneigentums sichergestellt werden.
- Die Gründung von sozialen und kulturellen Vereinigungen, Sportvereinen, Instituten, Akademien und Stiftungen sollte unterstützt werden.
- Veröffentlichungen, einschließlich Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Wörterbücher, Enzyklopädien und Kataloge, sollten in aramäischer Sprache gedruckt und verteilt werden.
- Es sollten aramäischsprachige Rundfunk- und Fernsehanstalten gegründet werden.
- Es sollten günstige Bedingungen für die Rückkehr der Suryoyo Bevölkerung in ihr Heimatland geschaffen werden, um ein Umfeld des Vertrauens und der Sicherheit zu fördern.
- Die Urheber der Massaker an der Suryoyo Bevölkerung von den 1980er Jahren bis heute sollten strafrechtlich verfolgt werden.
- Die Gesetze, die den Bau, die Restaurierung und den Schutz von Kirchen und Klöstern verbieten, sollten aufgehoben werden.

- Es sollte ein Museum eingerichtet werden, um die historischen und kulturellen Artefakte des Suryoyo Volkes zu bewahren und der Welt zu zeigen.

Schlussfolgerung

Wie bereits erwähnt, erkennt der Vertrag von Lausanne nur nicht-muslimische Gemeinschaften als Minderheiten an. Die den Minderheiten gewährten Rechte, wie sie in Artikel 44 festgelegt sind, sind international garantiert. In der Praxis bezeichnen die Bürokratie und andere Organe der Republik Türkei Minderheiten jedoch oft nur als Griechen, Armenier und Juden und verweigern anderen Gruppen den Genuss dieser Rechte. Einige staatliche Institutionen bezeichnen die nicht-muslimischen Minderheiten auch als Griechen, Armenier, Juden, Bulgaren, Georgier, Suryoye und Chaldäer im Sinne von Lausanne.

Dieser Standpunkt wurde durch die jüngste Verordnung über Stiftungen vom 24. Januar 2003 noch verstärkt. Es gibt jedoch nach wie vor Hindernisse, die mit der Negationsmentalität zusammenhängen. In der Verordnung werden ausdrücklich alle Minderheitenstiftungen aufgeführt, die in den Geltungsbereich von Lausanne fallen, darunter griechische, armenische, jüdische, bulgarische, georgische, suryoyoische und chaldäische Stiftungen. Dieser Ansatz, der mit dem Geltungsbereich von Lausanne übereinstimmt, wurde auf die Stiftungen beschränkt und nicht auf andere Aspekte ausgedehnt.

Auf die Frage, warum die Suryoye nicht in den Genuss der Rechte kommen, die der Vertrag von Lausanne den Minderheiten gewährt, behaupten die Behörden, dass diese Gemeinschaft bei der Gründung der Republik auf diese Rechte verzichtet habe. Diese Behauptung ist völlig falsch. Selbst wenn es einen solchen Verzicht gäbe, wäre er rechtlich ungültig, da die Minderheitenrechte seit Thomas Hobbes (1588-1679) individuelle Rechte sind. Mit anderen Worten: Obwohl diese Rechte kollektiv ausgeübt werden, werden sie nicht Gruppen, sondern Einzelpersonen gewährt. Gruppen haben keine inhärenten Rechte, und daher können die Führer (z. B. Patriarchen und Metropoliten) einer Gruppe nicht auf die Rechte von Individuen, die dieser Gruppe angehören, verzichten. Vor allem dann nicht, wenn diese Rechte durch einen internationalen Vertrag festgelegt sind und ausdrücklich festgelegt ist, dass sie unter keinen Umständen abgeschafft werden können (Artikel 37). In diesem Zusammenhang ist der in Artikel 42/1 erwähnte angebliche Verzicht rechtlich ungültig.

Kein Artikel des Lausanner Vertrags besagt, dass "nur Griechen, Armenier und Juden Minderheiten sind". Folglich stehen die Ansichten und Praktiken, die den Syrern den Minderheitenstatus verweigern, völlig im Widerspruch zum Buchstaben und zum Geist des Vertrags von Lausanne. Obwohl es sich um eine nicht-muslimische Gemeinschaft handelt, können Suryoye keine Schulen gründen und ihnen wird die Zulassung zu Schulen anderer Gemeinschaften verweigert, weil sie keine Armenier oder Griechen sind. Ihr Recht auf Bildung in ihrer eigenen Sprache, das im Vertrag von Lausanne garantiert ist, wurde aufgehoben. Die Tatsache, dass die Suryoye, das erste christliche Volk Mesopotamiens, allein aufgrund politischer Einstellungen nicht in den Genuss der im Vertrag anerkannten "positiven Rechte" kommen können, ist ein klarer Verstoß gegen den Vertrag von Lausanne und eine Missachtung der internationalen Menschenrechtsgesetze und -verträge. Die Republik Türkei diskriminiert unter ihren Bürgern, die den gleichen Status, die gleiche Rechtsstellung und die gleichen Eigenschaften haben, indem sie bestimmte nicht-muslimische Bürger als vom Vertrag von Lausanne anerkannte Minderheiten bezeichnet, während sie anderen diesen Status vorenthält.

Diese Praxis der Türkei verstößt weiterhin gegen den Vertrag von Lausanne, internationales Recht und demokratische Rechte. Die Besorgnis und das Unbehagen, das diese Situation bei den Syrern hervorruft, wurde auch in dem am 5. November 2003 veröffentlichten Überwachungsbericht der Europäischen Union zum Ausdruck gebracht. Im letzten Fortschrittsbericht vom 6. Oktober 2004 wird festgestellt, dass die

nicht-muslimische suryoyoische Minderheit immer noch nicht befugt ist, Schulen zu gründen, was eine Verletzung ihrer Rechte darstellt. Der Vertrag von Lausanne verleiht als internationales Abkommen nicht-muslimischen Bürgern positive Rechte zur Wahrung ihrer eigenen Identität und Kultur, die sich von den Rechten unterscheiden, die allen anderen Bürgern gewährt werden. Obwohl der Vertrag von Lausanne damals für Minderheiten von Bedeutung war, betonte er nicht die Bedeutung staatlicher Institutionen, staatlicher Praktiken und des Schutzes und der Entwicklung von Minderheitenwerten. Dennoch bleibt der Vertrag von Lausanne ein offizielles internationales Dokument über Minderheitenrechte, das von der Republik Türkei und zahlreichen anderen Staaten unterzeichnet wurde.

Wir sind der festen Überzeugung, dass der erste Schritt zur Schaffung eines multikulturellen, die Menschenrechte achtenden, demokratischen und säkularen Rechtsstaates die vollständige und aufrichtige Umsetzung des Abschnitts des Vertrags von Lausanne ist, der die Minderheitenrechte umfasst. Darüber hinaus sollten diese Rechte in Übereinstimmung mit den heutigen Standards weiterentwickelt werden. Durch die vollständige Umsetzung des Vertrags von Lausanne für alle Minderheiten auf der Grundlage demokratischer Prinzipien wird der türkische Staat seine Bedeutung und sein Ansehen auf der internationalen Bühne steigern. Dies wird auch wesentlich zum Prozess der Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union beitragen und die Lösung der bestehenden Probleme zwischen der Türkei und der Europäischen Union in dieser Frage erleichtern.

European Syriac Union (ESU)
24.04.2023

